

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringens monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen Vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gehaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung mit Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 143.

Dresden, Donnerstag den 25. Juni 1914.

25. Jahrg.

Die badiische Zweite Kammer beschloß 25.000 Mark für die Arbeitslosenversicherung in den Gemeinden bereit zu stellen.

Der Flieger Wasser, der in Johannisthal aufstieg, hielt sich 18 Stunden in der Luft.

Der Ausstand der Pariser Postbeamten ist beendet.

Presl Bibboba ist von den Aufständischen gefangen genommen worden.

Im roten der Vereinigten Staaten tobt ein heftiger Orkan.

Das Zünglein an der Wage.

Vor kurzem ist Zar Nikolaus nach Konstanza zum Besuch der rumänischen Königin gekommen, und vom Besuche des deutschen Kaisers, von dem früher gesprochen wurde, ist nichts mehr zu hören. Diese Neuigkeiten zeigen wie ein Barometer den Stand des Kampfes zwischen dem Dreibund und dem Dreiverband um Rumänien an. Die Oberhand hat vorläufig Rußland bekommen. Das ist eine große Niederlage und ein harter Schlag für den Dreibund, von dem in erster Reihe Österreich schwer getroffen wird.

Um die Bedeutung des Kampfes um Rumänien richtig einschätzen zu können, muß man sich die Lage vor der Balkankriege vor Augen führen. An dem letzten russisch-türkischen Kriege (1877 bis 1878) nahm Rumänien an der Seite Rußlands teil. Seine Hilfe trug viel zum Siege Rußlands bei. Zum Lohn dafür wurde Rumänien Bessarabien zugesprochen. Als Gegenleistung Rumänien die Dobruđa. Die bürgerliche Presse, welche diese Tatsache hervorhebt, läßt einige ihrer sehr ungenügende Begleitumstände dabei ganz unerwähnt. Die Wiedereroberung Bessarabiens, das zum Jahre 1814 bis zum Jahre 1858 Rußland gehörte, und infolge des unglücklichen Krimkrieges nach dem Pariser Frieden verloren gegangen war, war ein der Ziele des Krieges gegen die Türkei. Aber in den Verhandlungen, die zwischen Wien und Petersburg vor dem Kriege gepflogen wurden, stimmte Österreich diesem Raub im voraus zu. Es ist deshalb eine Heuchelei der bürgerlichen Presse, wenn sie in Entrüstung über den Unban Rußlands macht. Der Raub Bessarabiens hatte natürlich die Abwendung Rumänien auf die Seite des Dreibundes zur Folge. Was das zu bedeuten hat, erhellt schon aus der einen Tatsache: Rumänien verfügt über fünf Armeekorps. In einem eventuellen Krieg zwischen Rußland und Österreich fällt Rumänien eine große, wenn nicht entscheidende Rolle zu. Auch wenn Rumänien neutral bleibt, ist es umstände, die die Wage nach der einen oder nach der anderen Seite ausschlagen zu lassen, indem es eine seiner militärischen Kräfte entsprechende Macht des Gegners lähmt. Die Partei, die zu befürchten hat, Rumänien im weiteren Verlaufe des Krieges auf der Seite des Gegners zu sehen, muß eine entsprechende Zahl ihrer Streitkräfte an der Grenze Rumänien's aufheben des Gefechtes halten. Bis zu den Balkankriegen bestand zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien eine Militärkonvention. Der Dreibund konnte auf Rumänien in einem eventuellen Krieg rechnen.

Aus dem bestenwilligen russischen Orangenbuch geht deutlich hervor, daß der Schlag, den Rußland gegen Österreich plante, noch weiter als man gewöhnlich annimmt, ausholte. Nicht nur Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro, auch Rumänien sollte in die Kette eingefügt werden, mit der man Österreich umringen wollte. Das Orangenbuch legt Zeugnis davon ab, mit welcher Geschäftlichkeit die russische Diplomatie die schwierigen Probleme, die ihr Bulgarien mit seiner Harndürstigkeit stellte, zu lösen verstand und wie sie dabei das Ziel, Rumänien dem Dreibund zu entfernen, niemals aus dem Auge verlor. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Vermittlung im bulgarisch-rumänischen Streit sollte nach dem Wunsch Rumänien's in Petersburg stattfinden. Das war das erste Zeichen, daß die Bande zwischen dem Dreibund und Rumänien sich gelockert haben. Nach der Petersburger Konferenz gab Rumänien die ganze Schale seines Hornes — weil es nur Silistria bekommen hat — auf Österreich aus. Als es dann aus den Händen Rußlands ein Stück bulgarischen Bodens erhielt, mehr als was es sich am Anfang gewünscht hat — war das Werk der Vösterung Rumänien's von dem Dreibund vollendet. Der Bulgarener Vertrag machte Rumänien zum Beherrscher des Balkans und Deutschland, das den größten Anteil daran hat, daß dieser Vertrag unangefastet blieb, hat mit eigenen Händen jene Position Rumänien's gefestigt, die es Rumänien gestattet, unabhängig vom Dreibund zu sein.

Diese Unabhängigkeit möchte sich Rumänien wahren und der ganze Kampf dreht sich jetzt nicht darum, ob Rumänien an die Seite Rußlands und des Dreiverbandes oder Österreichs und des Dreibundes gedrängt wird — das letzte ist schon jetzt gänzlich ausgeschlossen — sondern ob Rumänien seine Stellung zwischen den Mächtegruppen wahren oder an die Seite des Dreiverbandes weichen wird. Der beste Beweis dafür, daß Rumänien dem Dreibund verfallen geblieben ist, ist die Befestigung Siedenburgs, die jetzt beschloßen wurde. In der ungarischen Delegation hat man den Effekt dieser Maßnahme abzuwachen gesucht. Man betonte, es sei keine

aggressive Maßnahme. Davon ist selbstverständlich gar keine Rede, aber die Tatsache zeigt deutlich, daß man schon jetzt in Österreich-Ungarn mit der Möglichkeit rechnet, daß Rumänien nicht nur nicht neutral bleibt, sondern zum Gegner übergeht. Die Anstrengungen, die Rußland macht, um Rumänien an seine Seite zu ziehen, finden ihren berechneten Ausdruck in der Tatsache, daß der Zar, der niemals dem slowenischen Bulgarien oder Serbien einen Besuch machte, jetzt das latinische Rumänien damit auszeichnet.

Dieses sümlische Verhalten ist Rumänien nicht ganz erwünscht. Es möchte jene Position nicht aufgeben, die ihm so viel Nutzen im Balkankriege eintrachte. Es stand während des Kampfes beiseite und, als die Lage sich klar, trat es an die Seite der Stärkeren gegen den Schwächeren. Diese Last möchte es wieder anwenden um so mehr, als es dann von beiden Seiten umworben wird und keine Profite von dem einen und dem andern einsteckt. Tisza in Ungarn kommt den Rumänen ebenso entgegen wie Rußland es in Bessarabien tut. Auch die nationalen Aspirationen Rumänien's können ebenjotig in Bessarabien wie in Siedenburg ihre Befriedigung finden. Und trotzdem treibt die ganze Lage Rumänien Rußland zu. Umsonst bemüht sich die bürgerliche Presse, mit dem Berliner Tageblatt an der Spitze, die Aufmerksamkeit Rumänien's vor allem auf Bessarabien hinzulenken. Umsonst läßt man sich aus Bukarest dröhnen, die Dardanellen-Frage mache den rumänischen Politikern viel Sorge; wenn Rußland diese in die Hände bekommt, dann sei Rumänien politisch und ökonomisch gänzlich von Rußland abhängig. Die Augen Rumänien's sind nach Ungarn gerichtet. Während in Bessarabien 1.000.000 Rumänen wohnen, sind über 3.000.000 in Ungarn und während dort die Bevölkerung sich in nationaler Hinsicht indifferent verhält, tobt der nationale Kampf in Ungarn seit Jahrzehnten.

Der Kampf der Staaten auf dem Balkan und der Großmächte untereinander hat es mit sich gebracht, daß Rumänien zum Zünglein an der Wage wurde und in dem Kampf um Rumänien werden die Schanden, die man jahrzehntelang an den Rumänen in Ungarn begangen hat, den Ausschlag geben. Die öffentliche Meinung spielt eine immer größere Rolle in der auswärtigen Politik und die Stimmung jener Elemente in Rumänien, die die öffentliche Meinung bilden, ist entschieden gegen Ungarn und das ist gleichbedeutend mit: für Rußland.

Vom Gewerkschaftskongreß.

8. München, 21. Juni.

Daß die Behandlung der Grenzstreitigkeiten auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß leidenschaftliche Debatten bringen würde, war mit Bestimmtheit vorauszusagen. Diese Auseinandersetzungen blieben dem dritten — und vierten — Verhandlungstage vorbehalten. So wenig auch sicherlich in München versammelten Gewerkschaftsvertreter, auch in Rücksicht auf die ringum lauerten Feinde, erregte, mit scharf zugespitzten Worten durchgeführte Debatten herbeiwünschten konnten, so notwendig und nützlich war doch diese Aussprache. Andersfalls würde der nun einmal bestehende innerorganisatorische Zwist in Versammlungen, in der Presse und in den Gewerkschaftskartellen nur um so schlimmer weiter gehen. Aber andererseits war sich auch kein Gewerkschaftspraktiker darüber im Zweifel, daß die Stellungnahme des Kongresses den in den Verhältnissen bestehenden Streit nicht ohne weiteres beseitigen kann. Dabei aber wiederum festzustellen ist, daß die bestehenden Differenzen doch nicht so beschaffen sind, daß sie eigentliche Gegenläufe zwischen den einzelnen Verbänden aufwiesen könnten.

Dieselben Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse, die das Fundament der modernen Arbeiterbewegung bilden, sind auch gleichzeitig die Ursache der Grenzstreitigkeiten in unseren Gewerkschaften. Sie sind natürliche Begleiterscheinungen der raschen vorwärts treibenden industriellen und technischen Entwicklung und des alles beherrschenden Konzentrationsprozesses. Das sind Tatsachen, deren Folgen auch durch Kongreßbeschlüsse nicht ausgeschaltet werden können. Da können nur der gute Wille und die Fähigkeit, sich gegenseitig zu verständigen, ja oft das Laissez-faire der in Betracht kommenden Personen größere Reibungen und Schädigungen vermeiden.

Doch konnte es sich bei dem Regulator, das die Generalkommission dem Kongreß zur Regelung der Grenzstreitigkeiten vorlegt, um nichts weiter handeln, als um den Versuch, durch Einführung eines Schiedsgerichtsverfahrens bei Schlichtung von Grenzstreitigkeiten Differenzen möglichst auszugleichen. Die bekannte Hamburger Resolution erblickt in der Verfassungsorganisation die anerkannte Form für unsere Gewerkschaften, fordert aber dort, wo die Entwicklung ein Abweichen davon notwendig macht, Berücksichtigung durch Kartellverträge usw. Demgegenüber fordern jetzt vor allem die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes die Anerkennung der Industriearbeiterorganisation, unter Hinweis auf die sich vollziehende industrielle Entwicklung. Ebenso nachdrücklich aber sind die Forderungen, besonders des Genossen Regien in seiner kurzen einleitenden Rede und der zweifellos in der Mehrheit befindlichen Anhänger der Verfassungsorganisation, nicht durch gewaltsame Eingriffe und starre Formeln die Differenzen etwa noch zu verschärfen.

Beherrscht wurde zunächst die übrige trotz aller Reiden-

schollichkeit durchaus sachlich und in verbindlichen Formen geführte Debatte von den Auseinandersetzungen über die Differenzen wegen der Vierfahrer zwischen dem Transport- und Bauarbeiter-Verband. Die Aussprache mußte schließlich unterbrochen werden, weil die Delegierten auf Einladung der Münchner Gewerkschaften am Nachmittag einen Ausflug nach dem Starnberger See unternahm. Da diese Debatte jedenfalls noch einen großen Teil der Donnerstagstagung ausfüllen wird, werden wir morgen im Zusammenhang darüber berichten.

Seit Mittwoch wohnte den Verhandlungen als Vertreter des Münchner Magistrats Gerichtsdirektor Dr. Brenner bei.

Beisler.

Zu den Gerüchten über den bevorstehenden Rücktritt des preußischen Justizministers schreibt die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung:

„Das hiesige Telegraphenbureau will Gerüchte über eine angebliche Entlassung der Stellung des preußischen Justizministers als nach seinen Informationen nicht ganz grundlos bezeichnen können. Wir sind ermüdet, festzustellen, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren.“

Die Treiberreien der Ostpreußen in der Kreuzzeitung, in der Post und hinter den Kulissen haben also anscheinend bisher noch keinen rechten Erfolg gehabt.

Die Germania weist übrigens darauf hin, daß der Justizminister v. Beisler seine Erklärungen zum Kaiserhoch-Geheiß nach Fühlungsnahme mit den maßgebenden Stellen in Preußen und im Reich gemacht hat.

Die heuchlerische Kampagne.

Die linksliberale Frankfurter Zeitung wendet sich mit folgenden Ausführungen gegen die reaktionäre Kaiserhoch-Geheiß:

„Die heuchlerische Kampagne gegen die Sozialdemokratie, die reaktionäre Politiker wegen des Verhaltens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim letzten Kaiserhoch eröffnet haben, wird immer maßloser in ihren Postulaten. Jetzt bringt es der freikonservative Abgeordnete v. Dewitz fertig, eine Veränderung der Reichsverfassung vorzuschlagen, wonach für Abgeordnete, die sich nicht am Hoch auf den Kaiser oder den Landesherren beteiligen, einfach die Immunität aufgehoben werden soll. Und wenn der Reichstag sich weigert, ein solches Gesetz anzunehmen, so empfiehlt Herr v. Dewitz den Appell an das Volk. „Auf die Reichstagsauflösung“, so bemerkt dazu die Freisinnige Zeitung zutreffend, „arbeiten die Konservativen schon seit langer Zeit hin, um aus ihrer Isolierung herauszukommen, und dazu soll der Kaiser herhalten.“ In diesem Versuch, den Kaiser für die eigenen parteipolitischen Zwecke auszunutzen, liegt die einzige Majestätsbeleidigung, die in der Kaiserhoch-Affäre anerkannt werden kann. Das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nämlich, man mag es sonst beurteilen, wie man will, hat mit Majestätsbeleidigung nicht das mindeste zu tun. Es ist das Recht jedes Staatsbürgers, Republikaner zu sein und seine republikanische Gesinnung nach außen hin kundzutun, und es ist eines der verlogensten Mittelchen der reaktionären Taktik, ein solches Verhalten zur Republik als ungesellig und revolutionär zu behandeln. Man kann selbstverständlich auch von keinem Republikaner verlangen, daß er in ein Kaiserhoch einstimme, und die Frage, wie er sich zu verhalten hat, wenn andere ein Hoch auf den Monarchen ausbringen, liegt ausschließlich auf dem Gebiet des Takte und der Politik, keinesfalls aber auf dem des Strafrechts.“

Auch die nationalliberale National-Zeitung wendet sich scharf gegen die konservativen Treiberreien und erklärt richtig die Pläne, die von den Ostpreußen mit der Ausnutzung der Kaiserhoch-Affäre verfolgt werden:

„Es handelt sich hierbei nicht nur um den Kampf ums Recht, sondern um einen fein ausgeklügelten Plan der Feinde des Liberalismus... die Mehrheit im Reichstage zu sprengen. Die Beschränkung der Immunität der Reichstagsabgeordneten, die entweder von den Konservativen oder von der Regierung demnächst gefordert wird, soll die beiden liberalen Parteien vor die Entscheidung stellen: „Für den Kaiser oder für die Sozialdemokratie.“ Diese Parole soll im Wahlkampf nach der erwarteten Reichstagsauflösung ausgegeben werden und das Bürgerthum zwingen, sich für rechtsstehende Kandidaten gegen die Anhänger eines zeitweiligen Liberalismus auszusprechen — die Schafe zur Rechten, die Böcke zur Linken. Die konservativen Heißhorne und Hülfsheute fräumen bereits von einer überwältigenden Mehrheit, die ihnen im Reichstag die Herrschaft sichert und die Volksvertretung zu einem Herrschend ihres wirklichen Wesens machen soll. Der Sturz des Justizministers würde die erste Strafpfote sein und den Hauptschlag vorbereiten, der für den Herbst in Aussicht genommen ist, wenn der Reichstag sich wieder versammelt.“

tuch über das harte Gedächtnis des Zaren. Dann kont ich — gefälligst würde sie höchlich die Weisheit. Vor Wind töhien tel... ober er rang in neuen Schattens hinter dem Ror-1-1890 gefestigt. Der erhen schloß sich. Der r-